

Pressezentrum

Sperrfrist:	22.05.2009; 15:00 Uhr
Programmbereich:	Themenbereich 2: Perspektiven für die Gesellschaft
Veranstaltung:	Hauptpodienreihe 2: Bildung und Erziehung: Das Beste für unser Kind?
Referent/in:	Prof. Dr. Johannes Bellmann, Erziehungswissenschaftler, Erfurt
Ort:	St. Petri Dom, Domsheide
Programm Seite:	122
	Dokument: BIL_2_1018

Bessere Bildung durch Wettbewerb?

Die Forderung nach mehr Markt und Wettbewerb hat längst auch das Bildungssystem erreicht. Ich will zunächst kurz erklären, in welchem übergeordneten Rahmen die heute vielfach vorgetragene Forderung nach mehr Wettbewerb im Bildungssystem steht.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer neuen Phase der Bildungsreform, die mit einem umfassenden Umbau der bildungspolitischen Steuerung von Schulen und Hochschulen verbunden ist. Instrumente der Steuerung und Qualitätsentwicklung, die im Bereich privatwirtschaftlicher Unternehmen verbreitet sind, werden nun auch auf das Bildungssystem übertragen. Das Neue Steuerungsmodell basiert im Kern auf Outputsteuerung und Wettbewerbssteuerung. Unter Outputsteuerung versteht man die Definition von Bildungsstandards, also einheitlichen Erwartungen an die zu erreichenden Kompetenzen von Schülern, und deren regelmäßige Überprüfung durch standardisierte Testverfahren. Die erzeugten Kompetenzen von Schülern gelten dabei als Output von Schulen. Unter Wettbewerbssteuerung versteht man die Etablierung eines Markts für Bildungsdienstleistungen, auf dem unterschiedliche Anbieter (Schulen) um die Nachfrage von Kunden (Schüler und Eltern) werben.

I

Was verspricht man sich von dem neuen Steuerungsmodell? Im Wesentlichen erwartet man eine Qualitätsverbesserung, die hauptsächlich an den regelmäßig gemessenen Kompetenzen von Schülern festgemacht werden. Darüber hinaus verspricht man sich eine bessere Abstimmung des Angebots auf unterschiedliche Bildungsbedürfnisse der Kunden.

Die Hoffnung lautet: Das „Beste für unser Kind“ werde erreicht, wenn man unter Schulen einen schärferen Wettbewerb entfacht. Zu diesem Zweck, will man
(a) Schulen dazu auffordern, sich stärker voneinander zu unterscheiden und gegeneinander zu profilieren (Stichworte: Schulautonomie, Schulprofile, Schulprogramme).
(b) Zudem will man Eltern größere Möglichkeiten eröffnen, das Beste für ihr Kind frei zu wählen (Stichworte: freie Schulwahl, Aufhebung von Bezirksbindungen). Die so entstehende

Konkurrenz unter Schulen soll zusätzlich durch die Erhöhung des Anteils von Privatschulen verstärkt werden. Damit sich der Wettbewerb für Schulen auch lohnt, will man ein nachfrageorientiertes Finanzierungssystem einführen. Das heißt, nicht die Angebotsseite (die Schulen) wird öffentlich finanziert, sondern die Nachfrageseite (Eltern und Schüler). Nach dem Modell von Bildungsgutscheinen kommt das Geld zusammen mit den Kunden in die Schule. Ein attraktives Angebot wird so belohnt, ein unattraktives Angebot verliert mit den Kunden auch finanzielle Mittel.

II

Soweit, in groben Strichen, die Skizze des neuen Steuerungsmodells im Bildungssystem. Die Frage ist nun, ob die Erwartungen, die man mit der Einführung des neuen Steuerungsmodells verknüpft, tatsächlich erfüllt werden. Ist das also die richtige Medizin für unser Bildungssystem? Oder gibt es nicht – wie bei jeder Medizin – auch „Risiken und Nebenwirkungen“, die man kennen sollte, bevor man die Therapie beginnt?

Ich will ein paar ausgewählte „Risiken und Nebenwirkungen“ ansprechen, die in anderen Ländern im Zusammenhang mit diesem Steuerungsmodell festgestellt wurden:

- So findet man in Bildungssystemen, die auf Output- und Wettbewerbssteuerung umgestellt wurden, vielfach eine stärkere Ausrichtung des Unterrichts auf standardisierte Leistungstests (Stichwort: teaching to the test). Gelehrt wird, was gemessen wird, damit man in der Bilanz gut dasteht.
- Man findet darüber hinaus auch Formen des Betrugs durch Lehrer, die vor, während oder nach Tests Ergebnisse manipulieren und damit ihre Bilanzen schönen. Bislang dachte man, dass nur Schüler schummeln.
- Des Weiteren beobachtet man, dass Schulen zu neuen Strategien greifen, um die Zusammensetzung der Schülerschaft zu „optimieren“. Bei Wettbewerbssteuerung wird nämlich zumeist vergessen, dass nicht nur Eltern, sondern auch Schulen beginnen, aktiv auszuwählen. Sie tun dies im Wissen, dass ein Weg zur Verbesserung der Leistungsbilanz einer Schule darin besteht, möglichst vielversprechende Schüler anzuziehen und solche, die von Zuhause vielfältige Unterstützungen erhalten. Auf dem neuen Markt für Bildung und Erziehung beginnen also Schulen nicht pauschal um Schüler zu konkurrieren, sondern möglichst um gute Schüler. Besonders Schulen mit Anmeldeüberhängen können es sich leisten, bei der Aufnahme von Schülern wählerisch zu sein.

Was sind nun die Folgen dieser Risiken und Nebenwirkungen?

- Eine wenig beachtete Folge ist die Veränderung (nicht nur die „Optimierung“!) des Leistungsspektrums von Schulen. Es wird nicht einfach das, was bislang unter schulischer Bildung verstanden wurde, auf effektivere und effizientere Weise erreicht, sondern unter dem Einfluss dieser Steuerungsinstrumente verändern sich zugleich das Leistungsspektrum von Schulen, das Verständnis schulischer Bildung und ihrer Aufgaben sowie das Selbstverständnis der Akteure.
- Eine weitere Folge ist eine Veränderung (nicht nur „Verbesserung“!) der Motivationslage schulischer Akteure. Die Motivation der Anbieter und Nachfrager wird auf Anreize ausgerichtet, d.h. auf die möglichen Belohnungen und Sanktionen durch Wettbewerb. Dabei ist keineswegs sichergestellt, dass das Handeln aus pädagogischen Motiven und Überzeugungen in jedem Fall vom Markt belohnt wird.
- Als weitere Gefahr des neuen Steuerungsmodells soll eine Entmischung der Schülerschaft genannt werden. Schulen, die vormals eine nach Leistung, sozialer Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit gemischte Schülerschaft hatten, zeigen nach Einführung von Wettbewerbssteuerung Tendenzen zur stärkeren Trennung von Schülern

nach Leistung, sozialer Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit. Das wird auch für Länder wie Schweden bestätigt, in dem die gemeinsame Schule als Grundpfeiler einer pluralistischen Demokratie angesehen wird. Im Ergebnis zeigt sich in Ländern mit forcierter Wettbewerbssteuerung eine stärkere Hierarchisierung der Schullandschaft, mit elitären Einrichtungen am oberen und Restschulen am unteren Ende.

III

Neben diesen handfesten Nebenwirkungen will ich abschließend weniger greifbare und weniger offensichtliche Nebenwirkungen ansprechen, die mit einem Wandel unseres Bildungsverständnisses im Kontext neuer Steuerung zu tun haben. Ich beschränke mich hier auf zwei Punkte:

- (a) [Ein bildungstheoretisches akzentuiertes Argument] Auf dem „neuen Markt für Bildung und Erziehung“ werden Eltern und Schüler zu Kunden, Schulen zu Dienstleistungsunternehmen und Bildung zu einer Ware, deren Qualität sich am Erreichen vorab definierter Bildungsziele messen lässt. Hierbei geht allerdings die Einsicht verloren, dass Bildung ein experimenteller Prozess ist, in dem es immer auch um die Entdeckung der Bildungsziele selbst geht. Deshalb geht es aus bildungstheoretischer Sicht im Lernen nicht nur um die Befriedigung vorab definierter Bildungsbedürfnisse der Kunden oder den Erwerb universeller, vorab definierter Basiskompetenzen; es geht im Lernen immer auch um die Entdeckung eigener (Bildungs-) Bedürfnisse und Möglichkeiten, die vorab gerade nicht bekannt sind. Im Rahmen von Output- und Wettbewerbssteuerung besteht die Tendenz, den bildenden Aspekt des Lernens zu unterschlagen, bei dem es nicht nur um den Zugewinn und die Vermittlung von Kompetenzen geht, sondern um Prozesse der Selbsterprobung und Selbstveränderung. Durch die Einführung des neuen Steuerungsmodells im Schulsystem besteht also die Gefahr, die pädagogische Arbeit in einseitiger Weise umzudefinieren, indem ihre experimentelle Grundstruktur entweder gänzlich ignoriert oder auf die Entdeckung geeigneter Mittel zur effektiven und effizienten Erreichung gegebener Ziele reduziert wird. Um es in der Sprache der Ökonomie zu sagen: Bildung ist weder ein Konsumgut noch eine Dienstleistung, sondern ein Erfahrungsgut, dessen Qualität erst zu beurteilen ist, nachdem man das Experiment selbst durchlaufen hat.
- (b) [Ein bildungssoziologisches akzentuiertes Argument] Auf dem „neuen Markt für Bildung und Erziehung“ werden Eltern zu Kunden, die alle, je für sich, das Beste für ihr Kind suchen. Doch entsteht daraus im Ergebnis auch notwendigerweise das Beste für ein demokratisches und gerechtes Bildungssystem? Die Hinweise auf eine stärkere Entmischung der Schülerschaft und eine stärkere Hierarchisierung der Schullandschaft geben Anlass für Zweifel. Fest steht: Wettbewerbssteuerung im Bildungssystem stärkt die Macht der Eltern. Doch hier sind kritische Rückfragen erlaubt: Wissen Eltern denn immer, was das Beste für ihr Kind ist? Gilt das auch für diejenigen Eltern, die freie Schulwahl dazu nutzen, ihre Kinder von sexueller Aufklärung und der Beschäftigung mit der Evolutionstheorie fernzuhalten? Wie kann überhaupt die Schulpflicht gerechtfertigt werden, wenn man davon ausginge, dass Eltern stets wissen, was das Beste für ihr Kind ist? Und noch grundsätzlicher gefragt: Sollte sich ein demokratisches Bildungssystem überhaupt vorrangig als Agent von Elterninteressen verstehen? Eltern nutzen freie Schulwahl und Privatschulangebote auch, um ihre Kinder in bestimmte Milieus zu platzieren, die ihnen Extraprofite auch unabhängig von schulischer Leistung verschaffen können. Bildungssoziologen sprechen bereits davon, dass im neuen Markt für Bildung und Erziehung das Leistungsprinzip zunehmend ausgehebelt wird zugunsten einer „Parentokratie“, einer Herrschaft der Eltern.

Welche Verkürzungen dieses Bildungsverständnis mit sich bringt, zeigt sich in einem Vergleich mit Friedrich Schleiermacher. Für den großen Theologen und Mitbegründer der modernen Pädagogik war die Leitfrage der Pädagogik nicht „Was ist das Beste für unser Kind?“, sondern „Was will denn eigentlich die ältere Generation mit der jüngeren?“ Für Schleiermacher geht es in Bildung und Erziehung um mehr als um die Suche nach individuellen Wettbewerbsvorteilen. Es geht um das Verhältnis der Generationen zueinander, um die Frage, wie sich die ältere Generation in Bildung und Erziehung der jüngeren gegenüber zeigt, welche Formen des Zusammenlebens sie als wertvoll präsentiert und schließlich um den Streit und Dialog unter den Generationen über das, was an diesen Formen des Zusammenlebens zu erhalten und zu verbessern ist. In dieser Denktradition stehen auch Pädagogen wie John Dewey oder Hartmut von Hentig, die meinen, die Schule müsse so etwas sein wie eine Polis, ein gerechtes Gemeinwesen in Miniaturformat. Der Anspruch lautet: Wenn wir ein Gemeinwesen wollen, in dem ein friedlicher Umgang mit Pluralität und Andersheit herrscht, dann müssen wir auch eine Schule wollen, in der sich etwas von diesem Umgang mit Pluralität und Andersheit spiegelt. Problematisch ist dann aber eine Entmischung der Schulpopulationen nach guten und schlechten Schülern, reichen und armen, solchen aus einheimischen Familien und solchen aus Migrantenfamilien.

Die Schule als Spiegel eines gerechten Gemeinwesens bedeutet also etwas anderes als die Schule als Spiegel des Marktes. Dass heißt nicht, dass nicht auch im Bildungssystem Wettbewerb einen Ort hat und haben sollte. Aber dieser Wettbewerb in und unter Schulen ist kein Verdrängungswettbewerb von Konkurrenten, die sich gegeneinander Marktanteile abnehmen, sondern ein Wettbewerb unterschiedlicher Ideen des Guten, die nebeneinander und miteinander bestehen sollen. Gerade weil unser Gemeinwesen von Pluralität und Andersheit gekennzeichnet ist, gibt es unterschiedliche Ideen des Guten, die innerhalb und zwischen Schulen zum Ausdruck kommen sollen. Das war übrigens auch der Grund dafür, dass unser Grundgesetz kein staatliches Monopol auf Bildung und Erziehung beansprucht, sondern ausdrücklich Schulen in freier Trägerschaft zulässt und unterstützt. Weder ein staatliches noch ein privates, sondern ein öffentliches Schulsystem sollte das Ziel einer pluralistischen Demokratie sein. Sechzig Jahre nach der Formulierung des Grundgesetzes hat der „neue Markt für Bildung und Erziehung“ diesen normativen Begründungskontext weitgehend hinter sich gelassen. Der neue Begründungskontext für Wettbewerb ist ein ökonomisches Effizienzdenken, das allen mehr Qualität und ein buntes Angebot verspricht, aus dem sich jeder das Beste für sein Kind herausuchen kann. Es bestehen begründete Zweifel, ob diese Versprechen eingelöst werden können. Sicher ist: Wenn Bildung unter der leitenden Perspektive individueller Wettbewerbsvorteile wahrgenommen wird, geraten Aspekte von Bildung aus dem Blick, die uns nicht gleichgültig sein können.